

Evangelische Volkspartei der Schweiz (EVP)

Generalsekretariat

Nägelligasse 9

3000 Bern 7

Tel. 031 351 71 71

Fax 031 351 71 02

info@evppev.ch

www.evppev.ch

Bundesamt für Justiz
Direktionsbereich Strafrecht
Bundesrain 20
3003 Bern

8. Dezember 2010

Harmonisierung der Strafraumen im Strafgesetzbuch, im Militärstrafgesetz und im Nebenstrafrecht, Vernehmlassungsantwort der Evangelischen Volkspartei der Schweiz (EVP)

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Herzlichen Dank für die Möglichkeit der Stellungnahme zur eingangs erwähnten Vorlage. Die EVP begrüsst das Ansinnen, die Strafraumen der erwähnten Gesetze einer umfassenden Überprüfung bezüglich der Gewichtung der geschützten Rechtsgüter zu unterziehen. Aufgrund der umfangreichen Materie wird die EVP nachstehend selektiv zu einigen Fragen Stellung nehmen.

Höherer Strafraumen für Raser

Die EVP begrüsst insbesondere den höheren Strafraumen von neu fünf statt drei Jahren für die fahrlässige Tötung und die fahrlässige schwere Körperverletzung. Der damalige EVP-Nationalrat Ruedi Aeschbacher hat bereits 2006 und 2009 in parlamentarischen Initiativen festgestellt, dass der Strafraumen von drei Jahren den geschützten Rechtsgütern nicht gerecht werde und eine Anpassung gefordert. In Anlehnung an Aeschbachers Forderung (Pa. Iv. 09.449) regt die EVP an, auch den Strafraumen für die schwere Verletzung von Verkehrsregeln im Strassenverkehrsgesetz entsprechend zu erweitern, um insbesondere qualifizierte Überschreitungen der gesetzlichen Höchstgeschwindigkeiten (Rasen) auch dann angemessen, d.h. härter bestrafen zu können, wenn dabei keine Menschen getötet oder verletzt worden sind.

Höhere Strafen bei Kinderpornografie

Ebenfalls begrüsst die EVP die höheren Maximalstrafen in Art. 135 (Gewaltdarstellungen) und Art. 197 (Pornografie), sofern sich die Widerhandlungen auf tatsächliche Gewalttätigkeiten bzw. sexuelle Handlungen mit Kindern beziehen. Zu bedenken gilt es hierbei aber auch, dass die Polizei über die entsprechenden Fahndungstechniken verfügen muss. Mit der neuen Strafprozessordnung fehlt der Polizei teilweise die rechtliche Grundlage für die verdeckte Fahndung nach Pädophilen im Internet. Dies wird seitens der EVP bemängelt.

Inzestverbot beibehalten

Mit grösstem Erstaunen nimmt die EVP Kenntnis vom Ansinnen des Bundesrates, das Inzestverbot aufzuheben und reibt sich die Augen ob seiner Argumentation. Die EVP sieht absolut keinen Grund zur Aufhebung des Inzestverbotes und plädiert für dessen Beibehaltung.

- Im Jahr 2000 hielt der Bundesrat das Inzestverbot sowohl zum Schutz der Familie wie auch aus genetischen Gründen nach wie vor für erforderlich. An diesen Rahmenbedingungen hat sich nichts geändert.
- Das Inzestverbot ist ergänzend und nicht in Konkurrenz zu den Artikeln 187 bis 191 (Sexuelle Handlungen mit Kindern, sexuelle Handlungen mit Abhängigen, sexuelle Nötigung, Vergewaltigung und Schändung) zu sehen. Selbstverständlich ist auch der sexuelle Missbrauch im Rahmen einer Stief-, Pflege- oder Adoptivbeziehung äusserst verwerflich. Doch das ist kein Argument zur Aufhebung von Artikel 213. Er kann den Behörden im Fall einer leiblichen Verwandtschaft den schwierigen Nachweis der Voraussetzungen gemäss Artikel 187 bis 191 ersparen.
- Völlig abenteuerlich ist der Hinweis, der Tatbestand des Inzests habe in der Praxis eine marginale Bedeutung und könne deshalb gestrichen werden. Das ist doch vielmehr Grund zur Freude angesichts der guten präventiven Wirkung dieser Strafnorm. Als überzeichnetes Beispiel: Es käme niemand auf die Idee, angesichts der vergleichsweise seltenen Mordfälle in der Schweiz könne auf die entsprechende Strafnorm verzichtet werden. Der Bundesrat sollte doch vielmehr froh sein, dass mit dem Inzestverbot eine Strafnorm besteht, bei der kein Vollzugsproblem besteht.
- Der Tatbestand in Artikel 213 ist entgegen den Ausführungen des Bundesrates sehr wohl dazu geeignet, den genetischen Risiken zu begegnen. Auch wenn der Beischlaf natürlich nicht notwendigerweise auch zur Schwangerschaft führt, nimmt doch die Geburt eines Kindes mit nachteiligen, genetischen Anlagen zumindest in Kauf, wer mit blutsverwandten Erwachsenen den Beischlaf ausübt.
- Schliesslich gibt es keine moralische Notwendigkeit und kein wie immer geartetes Bedürfnis, den einvernehmlichen Beischlaf zwischen blutsverwandten Erwachsenen zu legalisieren.

Die EVP ersucht die neue Vorsteherin des Justiz- und Polizeidepartementes sowie den Gesamtbundesrat eindringlichst, hier keine Schleusen zu öffnen und auf die unnötige und schlecht begründete Aufhebung des Inzestverbotes unbedingt zu verzichten.

Herzlichen Dank für Ihre Bemühungen und für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

EVANGELISCHE VOLKSPARTEI DER SCHWEIZ (EVP)



Parteipräsident
Heiner Studer



Generalsekretär
Joel Blunier